

Internet-Blog

# kreuz-und-quer.de

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,  
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,  
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 1. Quartal 2017

# 1 / 2017

Die Autoren:

Gabriele Baumann, Stephan Eisel,  
Chantal Grede, Jürgen Hardt, Volker Kauder,  
Amelie Kircher, Michael Mertes,  
Andreas Püttmann, Barbara Rembser-Mertes,  
Ulrich Ruh, Michael Sabel, Judith Uhrmeister

## **Das Selbstverständnis**

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

### **Redaktion:**

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,  
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)**

# Inhaltsverzeichnis

Ulrich Ruh, Christen, Juden, Abendland.....	Seite 04
Jürgen Hardt, Perspektiven für die Transatlantische Zusammenarbeit mit der Regierung von Präsident Trump.....	Seite 06
Volker Kauder, Die Rolle der Religionen in der Welt.....	Seite 09
Andreas Püttmann, Rechtspopulismus und Christentum.....	Seite 11
Gabriele Baumann, Wo steht die Ukraine heute.....	Seite 14
Amelie Kircher, Populismus als Herausforderung für die Demokratie.....	Seite 17
Judith Uhrmeister, Grenzenloser Spaß oder begrenzte Freude.....	Seite 19
Chantal Grede, Politik und „junge Leute“.....	Seite 21
Michael Sabel, Energiepolitik vor alten und neuen Herausforderungen.....	Seite 24
Stephan Eisel, Mit der Europaflagge gegen Populisten.....	Seite 26
Michael Mertes und Barbara Rembser-Mertes „Gemeinsames Priestertum der Gläubigen“: Was bedeutet das in der Praxis?..	Seite 28

9. Januar 2017

Ulrich Ruh

# Christen, Juden, Abendland

Derzeit hat in Deutschland die Rede vom Abendland und vom christlichen Erbe Europas Konjunktur wie seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht mehr, allerdings mit einem großen Unterschied: Damals war die entsprechende Rhetorik Teil der europäischen Neubesinnung nach der einschneidenden Zäsur des Zweiten Weltkriegs und diente gleichzeitig der Abgrenzung der „freien Welt“ gegenüber dem Kommunismus. Heute ist die Stoßrichtung unverkennbar eine andere: Wer sich auf das Abendland oder das christliche Erbe Europas beruft, tut das meist in islamkritischer Absicht, bezweifelt mehr oder weniger grundsätzlich die religiös- weltanschauliche Europakompatibilität des Islam.

Es fällt in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auf, dass nicht selten das „jüdisch- christliche Erbe“ unseres Kontinents apostrophiert wird und zwar so, als wäre eine Kombination dieser beiden Attribute das Selbstverständlichste von der Welt. Aber es geht dabei bei genauerem Hinsehen um ein Spiel mit gezinkten Karten: Eigentlich müsste nämlich jedem, der Jüdisches und Christliches auf diese Weise zusammenspannt oder zusammenspannen möchte, angesichts der realen Geschichte Europas das Wort im Hals stecken bleiben, gerade hierzulande. Es gibt zwar unbestreitbar einen gemeinsamen Wurzelgrund von Judentum und Christentum in Gestalt der hebräischen Bibel, von dem sich das Christentum jedenfalls in seinem „Mainstream“ nie gelöst hat. Dazu kommt: Jesus und seine ersten Jünger waren bekanntlich Juden. Aber kennzeichnend für das jüdisch- christliche Verhältnis in Europa war über lange Jahrhunderte ein hohes Maß an Asymmetrie.

Das Judentum war im christlich geprägten und dominierten Europa seit dem Frühen Mittelalter die einzige nichtchristliche religiöse Minderheit. Diese Minderheit genoss in der Regel einen prekären rechtlichen Sonderstatus, der mit zahlreichen Einschränkungen verbunden war. In manchen Ländern beziehungsweise Territorien wurden Juden jahrhundertlang überhaupt nicht geduldet, so etwa in England und Frankreich. Die Diskriminierung des jüdischen Bevölkerungsteils überdauerte dann auch die abendländische Kirchenspaltung in Folge der Reformation. Die heftigen antijüdischen Äußerungen Martin Luthers bilden denn auch einen dunklen Fleck für das soeben offiziell eingeläutete Reformationsjubiläum.

Auch im Rückblick auf die Geistes-, speziell die Theologiegeschichte steht die Rede von einem „christlich jüdischen Erbe“ auf wackligen Beinen. Es gab zwar einzelne christliche Theologen, die den Austausch mit jüdischen Gelehrten pflegten. Aber das blieb die Ausnahme. Im Christentum bildete sich seit der mittelalterlichen Scholastik konfessionsübergreifend eine Art von theologischer Systematik heraus, die dem Judentum völlig fremd war. Umgekehrt konnte man auf christlicher Seite mit der Tradition und Praxis der jüdischen Gesetzesauslegung kaum etwas anfangen.

Mit der und durch die Aufklärung änderten sich dann die Verhältnisse. Auf der einen Seite kam es zur schrittweisen rechtlichen Emanzipation der Juden in großen Teilen Europas, auch im damaligen Deutschland. Gleichzeitig ergaben sich neue Möglichkeiten eines christlich- jüdischen Austauschs im Zeichen der Aufklärungsideale Vernunft und Tugend. Jetzt erst konnte auch ein Stück wie Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise“ mit seiner Utopie eines christlich – jüdisch – islamischen Religionsfriedens entstehen! Sowohl das Judentum wie das Christentum erlebten als Folgewirkung der Aufklärung im Übrigen eine spannungsreiche Ausdifferenzierung in verschiedene Strömungen, in konservative und liberale Richtungen, die sich in ihrer Haltung

sowohl zur Moderne wie zur eigenen Tradition unterschieden.

Allerdings breitete sich, sozusagen als dunkle Seite der Moderne, parallel zur jüdischen Emanzipation und Reform in Europa ein neuer, biologistisch- rassistisch fundierter Antisemitismus aus, der dann in das vom Dritten Reich ins Werk gesetzte Menschheitsverbrechen des Holocaust mündete. Ihm fielen große Teile des europäischen, auch des deutschen Judentums zum Opfer. Die christliche Position war seinerzeit ambivalent: Die katholische Kirche lehnte wie auch zumindest Teile anderer christlicher Kirchen zwar den Rasseantisemitismus ab; gleichzeitig reichten zum Teil religiös begründete antijüdische Vorurteile durchaus bis in die Reihen der aktiven Christen hinein. Bezeichnender Weise urteilte das deutsche katholische „Staatslexikon“ in seiner fünften, zwischen 1926 und 1932 erschienenen Auflage im einschlägigen Artikel zusammenfassend: „Im Antisemitismus mischt sich Richtiges mit Falschem.“

Die heutige Rede vom „jüdisch- christlichen Erbe“ Europas ist insofern eine Reaktion auf den Schock durch den Holocaust, als sie offenbar darum bemüht ist, dem Judentum einen Platz im europäischen Wertekanon zu sichern und es insofern positiv zu würdigen. Sie lässt allerdings offen, wie sich der christliche und der jüdische Strang im europäischen Erbe zueinander verhalten und ist schon deshalb nicht unproblematisch.

Vor allem hat diese Rede direkt oder auch nur indirekt eine antimuslimische Schlagseite, ist somit ein Teilelement der gegenwärtigen intellektuellen und politischen Auseinandersetzungen um die Rolle des Islam im heutigen beziehungsweise künftigen Europa. Sie suggeriert nämlich, es gebe so etwas wie „gute“ und „schlechte“ Religionen für Europa, wobei Christentum wie Judentum unter dem einen und der Islam dem anderen Attribut subsummiert werden. Damit droht aber eine massive Vereinfachung in der Beurteilung des religiösen und auch religionspolitischen Feldes in Europa: Das Reden vom „jüdisch- christlichen Erbe“ Europas verleitet dazu, die Brüche und Asymmetrien in der jüdisch- christlichen Geschichte unseres Erdteils unzulässig zu überkleistern, anstatt sie in aller Ehrlichkeit ins Bewusstsein zu heben. Gleichzeitig erschwert es eine sorgsam Licht und Schatten abwägende Beschäftigung mit dem Islam, so wie er sich heute in Deutschland beziehungsweise in anderen europäischen Ländern religiös- kulturell präsentiert. Er gehört inzwischen allen Unkenruf zum Trotz dazu!

***Dr. Ulrich Ruh (1950)** ist Honorarprofessor an der Universität Freiburg im Breisgau und war 1991 – 2014 Chefredakteur der „Herder Korrespondenz“. Er studierte Katholischen Theologie und der Germanistik in Freiburg und Tübingen . Danach war er bis 1979 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät Freiburg (Prof. Karl Lehmann), am Lehrstuhl für Dogmatik und Ökumenische Theologie. 1979 wurde er in Freiburg mit einer Arbeit über Begriff und Problem der Säkularisierung zum Dr. theol. promoviert und trat im gleichen Jahr in die Redaktion der „Herder Korrespondenz“ ein, deren Chefredakteur er von 1991 -2014 war. Seit 2015 gehört er der Redaktion von [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) an.*

16. Januar 2017

Jürgen Hardt

## **Perspektiven für die Transatlantische Zusammenarbeit mit der Regierung von Präsident Trump**

Nach einem schwierigen, herausfordernden Jahr 2016 blicken wir mit Spannung auf das soeben begonnene Jahr 2017, das gerade mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik nicht minder herausfordernd werden wird. Das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands in der Ukraine hält an; ganz offensichtlich hat Russland in erstmaliger und präzedenzloser Weise Cyberfähigkeiten genutzt, um in den innenpolitischen Diskurs der USA einzugreifen; und in Syrien spielt sich direkt vor den Toren Europas eine Tragödie ab, bei der humanitäres Völkerrecht nach wie vor tagtäglich mit Füßen getreten wird.

Im Jahr, in dem wir mit dem 60. Jahrestag der Römischen Verträge quasi den 60. Geburtstag der Europäischen Union feiern, werden wir uns möglicherweise erstmalig formal mit dem Wunsch eines Mitgliedstaats nach Austritt aus ebendieser EU befassen müssen. Die Eurokrise ist noch nicht überwunden. Gleichzeitig wird die EU von externen Akteuren wie Russland oder auch China, die die Einheit und Schlagkraft der EU zu unterminieren versuchen, auf ganz neue Weise herausgefordert.

In diese unübersichtliche und teils fragile Weltlage hat der erbittert geführte US- Wahlkampf weitere Unsicherheit gesät. Es geht deshalb jetzt darum, mögliche Fragezeichen über die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses möglichst schnell auszuräumen.

Um Eines vorweg zu nehmen: Ich erwarte, dass wir auch in den kommenden Jahren unter der Administration von Donald J. Trump eine enge und konstruktive partnerschaftliche Zusammenarbeit im transatlantischen Schulterschluss haben werden – auf dem Boden der gemeinsamen Werte und Ideale, die unsere Partnerschaft auszeichnen und so einmalig machen.

Es liegt an uns transatlantischen Partnern, für unsere gemeinsame Überzeugung einzustehen, dass eine offene, Chancen und Möglichkeiten schaffende Welt, die vom Austausch, von Ideen und vom Schutz der Würde und der freien Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen geprägt ist, auch weiterhin wünschenswert, schützenswert und erstrebenswertes Ideal bleibt.

Donald Trump hat den Nerv vieler Wähler in den USA getroffen, in dem er Sorgen und Nöte angesprochen hat, die diese bewegen. Dies betrifft insbesondere jene, die zu lange das Gefühl hatten, vom Wohlstandsgewinn der Globalisierung persönlich nicht profitiert zu haben. Diese Sorgen kennen wir nur allzu gut – und wir müssen sie auch hier in Europa ernst nehmen. Dabei gilt es, überzeugende, wirksame und nachhaltige Antworten auf die immer komplexeren Wirkungszusammenhänge einer globalisierten Welt zu geben – nicht einfache und populistische, nicht spaltende und nicht kurzfristige Lösungen vorgaukelnde.

Wenn wir das Motto, mit dem Donald Trump die US-Wahlen gewonnen hat: „Make America Great Again“ ernst nehmen, dann steht dieses für mich in einem unmittelbaren und untrennbaren Sachzusammenhang mit dem Leitmotiv: „Further Strengthen the Western World“. Denn ich bin

davon überzeugt, dass Donald Trump seine Wahlversprechen nach mehr Sicherheit für die US-Bürger, mehr Wohlstand und mehr Produktivität der arbeitenden Bevölkerung nur dann umsetzen kann, wenn er die enge und intensiviertere Zusammenarbeit mit jenen Partnern fortsetzt und ausbaut, die für dieselben Werte, Ambitionen und Rahmenbedingungen stehen. Das sind in erster Linie die Staaten des demokratischen, freiheitlichen Westens, die unter den Dächern von NATO, EU und G7 miteinander verbunden sind. In diesem Kontext ist die Vision Donald Trumps auch unsere. Und wir sollten für die Stärkung dieses gemeinsamen Sicherheits-, Wirtschafts- und Werteraumes eintreten.

Die NATO bleibt das Fundament für die euroatlantische Sicherheit. Angesichts der Zunahme realer Bedrohungen aus Osten und Süden, ist es nur richtig und nachvollziehbar, dass Donald Trump – wie seine ehemalige Kontrahentin Clinton auch – die Europäer dazu ermahnt hat, ihren eigenen Beitrag für den Erhalt dieser Sicherheit zu erhöhen. Mit Beschlüssen in Wales und Warschau, beim jüngsten Europäischen Rat in Brüssel, aber auch den jüngsten Haushaltsbeschlüssen des Deutschen Bundestages haben wir genau diesen Weg beschritten: Deutschland und Europa sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und dafür mehr Ressourcen und Fähigkeiten bereit zu stellen. Die Europäische Union hat zudem entscheidende Maßnahmen getroffen, die eigenen Fähigkeiten als europäischer Pfeiler der NATO zu verbessern, auszuweiten und vor allem effizienter zu gestalten.

Mit seinem sich bildenden Team – insbesondere dem designierten Verteidigungsminister Mattis – hat Trump klar unterstrichen, dass er die besondere Bedeutung der NATO-Allianz erkennt und sie erhalten wird. Ich denke, dass die ein oder andere pointierte Aussage aus dem Wahlkampf in diesen größeren Kontext eingebettet werden wird. Schon im ersten Halbjahr 2017 wird sich sicherlich die Gelegenheit bieten, gemeinsam mit der neuen US-amerikanischen Administration ein Signal der unerschütterlichen Bekenntnis zur Verteidigung der euroatlantischen Sicherheit unter dem Dach der NATO auszusenden, vielleicht sogar in Form eines „Mini-NATO-Gipfels“. Ich erhoffe mir hier ein kraftvolles Signal, insbesondere von Seiten Washingtons! In Gesprächen mit führenden Senatoren beider Parteien habe ich zuletzt immer wieder die unmissverständliche Versicherung der Bündnistreue und fortgesetzter Bündnisverpflichtung der USA erfahren.

Was für die euroatlantische Sicherheit gilt, gilt genauso für den euroatlantischen Wirtschaftsraum. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich enttäuscht darüber bin, welche freihandelskritischen Wendungen die Auseinandersetzung im US-Wahlkampf genommen hat. Diese Rhetorik steht in klarem Kontrast zum jahrzehntelangen und gerade in der Republikanischen Partei tief verwurzelten Konsens über den Nutzen eines modernen und modernisierungsfähigen Freihandels. Ich bin ebenso verwundert, dass ausgerechnet in Deutschland – in dem Land mit dem größten Nutzen vom internationalen Handel – die Skepsis so groß ist. Wir sollten unsererseits nicht an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen.

Richtig ist: Wachstum, Wohlstand und Innovationskraft auf beiden Seiten des Atlantiks – in den USA ebenso wie in Europa – wird sich nur dann schaffen und erhalten lassen, wenn die Wachstumspotentiale durch einen immer engeren Zusammenschluss der beiden größten und leistungsfähigsten Wirtschaftsräume der Welt – Nordamerika und der Europäischen Union – voll ausgeschöpft werden. Vor diesem Hintergrund hege ich weiter die Hoffnung, dass auch die Trump-Administration nach einiger Zeit Wege suchen wird, diesen wirtschaftlichen Schulterschluss weiter zu intensivieren. Dazu zählt auch die Fortsetzung der Gespräche über ein Freihandelsabkommen,

für das ich gerade aus dem US-Kongress immer wieder viele unterstützende Stimmen vernehme.

Dabei können wir durchaus Selbstbewusst sein: Gerade deutsche Unternehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten in den USA investiert haben, sind eine Quelle hochqualifizierter, gut bezahlter und zukunftsweisender „jobs“ in den USA. Genauso wie die USA als Absatzmarkt Nr.1 Quelle für die Schaffung ebensolcher Arbeitsplätze hierzulande sind.

Ich bleibe dabei, was ich schon früher gesagt habe: Die vielen Krisen und Herausforderungen in einer unruhigen Welt können nur effektiv und wirksam im transatlantischen Verbund, in enger Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gelöst werden. Eine enge transatlantische Partnerschaft ist wichtiger denn je. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch in Washington nach dem 20. Januar weiter so gesehen wird.

***Jürgen Hardt** (1963) ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er ist Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit April 2014 ist er auch Koordinator für die Transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung. Zuvor war er Leiter der Unternehmenskommunikation des Familienunternehmens Vorwerk.*



16. Januar 2017

Volker Kauder

# Die Bedeutung und die Rolle der Religionen in der Welt

Viele Menschen in Deutschland wenden sich von dem Glauben ihrer Eltern und den religiösen Traditionen ihrer Familien ab. In unserem Land wie in den meisten europäischen Ländern spielen Religion und Glauben eine immer geringere Rolle im Leben und im Alltag der Menschen. Religiöse Traditionen und hergebrachte Regeln wie die Sonntagsruhe verlieren – wie der religiöse Charakter von Feiertagen – Sinn und Bindungskraft. Schleichend, aber zuweilen auch machtvoll und mit Häme, wie etwa in der Verächtlichmachung von religiösen Symbolen und Figuren, verdrängt Europa seine religiösen Wurzeln. Vielfach ist die Überzeugung zu vernehmen, Religion sei Privatsache.

Weltweit aber läuft der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Religion und Glaube sind und bleiben wesentliche und bestimmende Faktoren für eine wachsende Mehrheit der Menschheit und prägen so unsere Zeit. Projektionen wie „The Future of World Religions“ des Pew-Forschungszentrums weisen nach, wie die Relevanz des westlichen Agnostizismus in den kommenden Jahren abnimmt. Die Welt ist nicht nur religiös gebunden, auch die Bedeutung dieser Bindung wächst. Gerade wenn wir in anderen Zusammenhängen davon sprechen, dass wir unsere europäische Weltsicht ab und an überprüfen müssen, um die Welt besser zu verstehen, gilt dies in diesem Fall ausdrücklich.

Für viele Menschen in der Welt liegt die Bedeutung des Glaubens für das eigene Leben in der Lebenspraxis, in den Festen und Traditionen, der Erziehung der Kinder und dem Wertesystem, in dem sich Menschen bewegen. Zuweilen hilft die Erinnerung an den Zustand unseres Landes vor 50 Jahren – ein Zeitraum, der sich in den meisten Familien in der Erinnerung gut überbrücken lässt. Fremd ist uns die Religion seitdem erst geworden.

Dieser Trend gilt im Guten wie im Schlechten. Während Glaube und Religion Menschen auf der ganzen Welt geistige und seelische Heimat vermitteln können, tragen sie auch dazu bei, Unterschiede und Widersprüche zu betonen und das Zusammenleben zu erschweren. Auch hier hilft die Erinnerung – auch in Deutschland erwuchs ein echtes Problem, wenn die Liebe die Konfessionsgrenzen überbrücken wollte. Aus heutiger Perspektive wirken die auch und gerade wegen ihrer Ernsthaftigkeit kaum mehr zu begreifenden Debatten, ob etwa die Kinder katholisch oder evangelisch zu erziehen seien, seltsam fremd. Und doch haben sich diese Unterschiede und Widersprüche sehr deutlich und zuweilen sogar schmerzhaft in Biografien ausgewirkt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade in unseren Tagen ein Zusammenleben von Glaubensgemeinschaften an sich in Frage gestellt ist, selbst dort, wo es eine lange Tradition hat. So sind etwa der Nahe Osten, Ostafrika, Süd-Ost-Asien, aber auch der indische Subkontinent einem enormen Druck ausgesetzt. Vielfach sind übrigens gerade Christen von dieser Diskriminierung bis hin zur Verfolgung betroffen, selbst wenn es keine Religion gibt, deren Angehörigen überall unbehelligt leben können.

Es erschreckt, dass es viele, die die wachsende interreligiösen Entfremdung aus einer säkularen Per-

spektive beobachten, nicht wahr haben wollen, was sich vor ihren Augen abspielt. Es gibt Kommentatoren, die der Ansicht sind, Religion wäre nur eine Fassade für die tatsächlich für die Gewaltausbrüche verantwortlichen materiellen Verteilungskämpfe und sozialen Auseinandersetzungen. Das greift nach meinen Erfahrungen, die ich auch bei vielen Reisen in Konfliktgebiete bestätigen konnte, aber zu kurz.

Denn: Dass Religion umgekehrt eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung von Frieden und Ausgleich zukommen kann, steht nicht nur außer Frage. Es ist eine Wahrheit, an die wir nicht oft und nicht deutlich genug erinnern können. Wie es der scheidende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, mit Blick auf die Entwicklung im Nahen Osten benannt hat, müssen religiöse Würdenträger sich an die Rolle der Religionen als Friedensspender und Friedensvermittler erinnern und diesem Anspruch gerechter werden. Wir müssen sie daran erinnern, dass ohne die Religionsfreiheit, ohne die Freiheit der religiösen Minderheiten auch die religiöse Freiheit der Mehrheit in Gefahr ist. Nicht zuletzt stellen Muslime die weitaus größte Zahl der Opfer der Terrormiliz Islamischer Staat.

In seiner ersten Enzyklika „Evangelii Gaudium“ betonte Papst Franziskus im Jahr 2013 die große Bedeutung des interreligiösen Dialogs, der „eine notwendige Bedingung für den Frieden in der Welt und darum eine Pflicht der Christen“ darstelle. Er unterstreicht dabei, dass dieser hier nicht durch einen „versöhnlichen Synkretismus“ erlangt werden, sondern nur auf der „klaren und frohen Identität“ der Partner aufbauen kann.

Ein interreligiöser Dialog ist kein Dialog der Geistlichen, er lebt – neben der Kenntnis der eigenen Position – auch und gerade von der Tatsache, dass er auf möglichst vielen Ebenen stattfindet. Allerdings setzt er voraus, sich selbst und das Gegenüber als religiösen Menschen, als Glaubenden zu verstehen.

Ich selbst führe diesen Dialog als Mitglied der internationalen Parlamentariergruppe für Religionsfreiheit (International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief, kurz: IPPFoRB). Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war Gastgeberin des diesjährigen Treffens dieses großen Zusammenschlusses von Abgeordneten, das im September in Berlin stattfand. Mehr als 100 Parlamentsangehörige aus 60 Staaten waren Gast in der deutschen Hauptstadt, alle Weltreligionen waren vertreten. Im Austausch der Parlamentarier gab es keinen Zweifel an der grundlegenden Bedeutung des Artikels 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der die Religionsfreiheit jedes einzelnen Menschen als schützenswertes Gut beinhaltet. Im Gegenteil, gemeinsam traten die Vertreter aller Parteien des politischen Spektrums für mehr Religionsfreiheit in Staaten ein, die dieses Gut nicht ausreichend schützen – etwa der Iran, Vietnam, der Sudan oder Eritrea.

Diese Zusammenarbeit, die unter [ippforb.com](http://ippforb.com) umfangreich dokumentiert ist, zeigt, wie interreligiöser Dialog zu gemeinsamen Werten und zielgerichtetem Handeln führen kann. Ich bin der Überzeugung, dass wir diese Chancen gerade dann erschließen können, wenn wir als religiöse Menschen zusammenfinden. Die Religion, der Glaube der Menschen stellt selten das Problem dar – wohlverstanden kann er aber häufig bei der Lösung helfen.

*Volker Kauder (1949), aufgewachsen in Singen am Hohentwiel, Studium der Rechts- und Staatswissenschaft in Freiburg im Breisgau. Seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags. Stationen als 1. Parl. Geschäftsführer der Unionsfraktion sowie als Generalsekretär der CDU. Seit 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er ist verheiratet, evangelisch und setzt sich seit Jahren für Religionsfreiheit und Christen in Bedrängnis ein.*

Andreas Püttmann

# Rechtspopulismus und Christentum

Europa erlebt eine Zeitenwende. Die nach der katastrophalen Herrschaft des Nationalsozialismus und Faschismus nachhaltig diskreditierte nationalistisch-autoritäre Rechte ist im Verein mit naiven, im einseitigen Feindbild von der linken Gefahr gefangenen Konservativen dabei, die kulturelle Hegemonie von Sozialdemokraten und Liberalen zu beenden. Am besten gelingt ihr das in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die keine lange liberal-demokratische Tradition haben und bis 1990 sozialistisch beherrscht wurden, sowie in Ländern, die rechtsautoritäre Herrschaft seit Generationen nicht kennen; am wenigsten anfällig sind jene Gesellschaften Südeuropas, die am längsten unter rechten Regimen litten; hier ist bisher der Linkspopulismus erfolgreicher.

Die den Rechtspopulismus inspirierende „Neue Rechte“ grenzt sich von der faschistischen „alten Rechten“ ab, gibt sich ein intellektuelles Image, sucht Verbindungen ins bürgerlich- und christlich-konservative sowie nationalliberale Spektrum und betreibt dessen Radikalisierung. Wissend, dass damit noch keine Mehrheit zu erreichen ist, werden neben wohlfeiler, maßloser Elitenschelte und Ressentimentpflege gegen vermeintliche innere und äußere Feinde – Islam, EU, USA – sozialpolitische Köder für die wenig gebildete, eigentlich eher nach links tendierende Unterschicht und untere Mittelschicht ausgelegt. So bricht man erfolgreich ins sozialdemokratische und noch linkere Wählerreservoir ein. Die ängstliche, trotzige oder aggressive Abgrenzung des „Eigenen“ vom Fremden, Andersartigen ist der Kitt zwischen den sozialen Schichten der Rechtspopulisten: „Letztendlich lässt sich alles auf einen Satz reduzieren: Die da oben sind für Immigration, und wir da unten müssen diese ertragen. Wir gegen die. Ein Klassenkampf, der längst klassenübergreifend funktioniert. Auf diesem Level verträgt sich das Großbürgertum glänzend mit dem Proletariat. Rassismus und Xenophobie schweißen die Milieus zusammen“ (David Schalko).

Geistesgeschichtlich steht die Neue Rechte, explizit an die „Konservative Revolution“ der Zwischenkriegszeit anknüpfend, gegen die Prinzipien der Aufklärung: gegen Pluralismus, Liberalismus und die Idee der Gleichheit aller Menschen, die den Menschenrechten zugrunde liegt. Sie verfolgt statt des „klassischen“, biologischen Rassismus das Konzept eines „Ethnopluralismus“ ethnisch oder kulturell homogener Nationalstaaten. Die wahre Demokratie werde nicht von gleichberechtigten Bürgern, sondern durch die solchermaßen geeinte „Volksgemeinschaft“ konstituiert. Dieses Konzept wirkt als „Scharnier“ zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus.

Gegen die egalitären und liberalen Postulate des Feminismus und gegen die angebliche „Homosexualisierung“ – ein in Osteuropa und der religiösen Rechten zentrales Thema –, setzt die Neue Rechte eine Dominanz „männlicher“ Werte und Tugenden. Die parlamentarische, liberal-rechtsstaatlich beschränkte Demokratie wird als verweichlicht und verweiblicht denunziert. Zur Stärkung der „nationalen Identität“ dient auch ein geschichtspolitischer Revisionismus, denn ein „Schuldskult“ unterminiere die Vitalität eines Volkes und seine nationale Selbstbehauptung. Die Entwicklung der Gesellschaft wird kulturpessimistisch als zunehmender Verfall – Dekadenz – beschrieben. Nur durch den Bezug auf organische Vorstellungen von Nation und Volk, auf die eigenen „Wurzeln“, könne ein Umschwung und eine neue Ära in einem gesunden „Vollkörper“ erreicht werden – ein faschistisches Ideologem, das an den konservativen Wertediskurs anknüpft, aber in seiner utopischen Pointe über diesen hinaus geht. Die Neue Rechte „hat die gleichen Feinde wie der Faschismus“, während „ihre Lösungsansätze, die Organisationsformen und ihr Diskurs sich

deutlich unterscheiden“ (Roger Griffin). Hierbei ist allerdings schwer zu unterscheiden, was eine überzeugte, stabile und was bloß eine taktische, vorläufige Mäßigung ist. Zudem sind, wie Geschichte und Gegenwart autoritärer Herrschaft zeigen, immer Radikalisierungen möglich.

Davon legt auch die Entwicklung der im 2013 gegründeten AfD ab. Im Vergleich zu 2014 ist die Radikalisierung des AfD-Anhangs laut der Leipziger Mitte-Studien besonders in den Kategorien Chauvinismus (+19%), Befürwortung einer Diktatur (+10%) und Sozialdarwinismus (+6%) ersichtlich, und zwar ohne dass die Zustimmung zu diesen Haltungen in der Gesamtbevölkerung signifikant gewachsen wäre. Es scheint sich also gleichsam eine radikale Polit-Großsekte am rechten Rand der Gesellschaft gebildet zu haben, die anders als die anderen „tickt“ und den Namen „Alternative für Deutschland“ tatsächlich verdient: im Sinne eines radikalen Gegenentwurfs zu dem, was bislang als „Grundkonsens“ galt und heute rechts als „Mainstream“ verächtlich gemacht wird. Insofern fand eine regelrechte „Sezession“ von der herkömmlichen Bundesrepublik statt, deren bizarrster Ausdruck die sektiererische „Reichsbürger“-Bewegung ist.

Neurechte Ideologen und rechtspopulistische Demagogen treten gern als Vorkämpfer der durch „Politische Korrektheit“ geknebelten Meinungsfreiheit auf. Sie meinen damit aber, wie die Regierungen Polens und Ungarns zeigen, nur die eigene Meinungsfreiheit. An die Macht gelangt, betreiben sie nicht bloß eine inhaltlich andere Politik (Policy), sondern versuchen die Regeln der Politik (Polity) zu ihren Gunsten zu manipulieren. Typisch ist der Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz, speziell des Verfassungsgerichts, und die der öffentlich-rechtlichen Medien. Im Kern geht es um einen Kampf gegen die Freiheit im Namen der Freiheit, um eine Selbstermächtigung.

Nach Umfragen würden etwa je zwei Millionen Katholiken und Protestanten in Deutschland AfD wählen (11%), prozentual weniger als Konfessionslose (18%); bei Kirchennahen (Katholiken: 8%, Protestanten: 9%) sogar nur halb so wenige. Der „sensus fidelium“, die katholische Übersetzung von „Schwarmintelligenz“, weist also von den Rechtspopulisten weg. Schon begrifflich sollte der Kult des „Eigenen“ einen Christen zurückschrecken lassen, muss ein Jünger Jesu doch immer auch vom Anderen her denken. Empathie in Form von Einfühlung, Mitleid und Hilfsbereitschaft ist gleichsam die DNA des Christentums. Weitere schöne Früchte christlicher Frömmigkeit sind Demut und Gelassenheit. Den typischen Rechtspopulisten zeichnet das Gegenteil aus: selbstdistanzlose Wahrheitsgewissheit, Daueralarmismus, Übertreibung, Wut.

Ohne eine Fundamentalkonversion der AfD zur Menschenwürde als Dreh- und Angelpunkt der staatlichen Ordnung wird man in jeder vordergründig richtigen policy immer den Pferdefuß finden: Vermeintliche „Lebensschützer“ bringen plötzlich den Schießbefehl an der Grenze ins Gespräch oder sehen in Abtreibungen vor allem ein Demographie-Problem; Law-and-order-Vertreter lassen ihr Klientel leichtfertig mit dem Widerstandsrecht hantieren und verteidigen die Privatbewaffnung der Bürger und ein liberales Waffenrecht.

Christen können „unmöglich schweigen“ (Apg 4,20) zu einem wieder um sich greifenden Denken, das statt der gottgegebenen Würde jeder einzelnen Person das Pathos der „Volksgemeinschaft“ oder das Kalkül des Wohlstandsegoismus ins Zentrum stellt. Indem sich die Kirche der rechten Re-Ideologisierung durch falsche Propheten „christlicher Kultur“ entgegenstellt, leistet sie nicht nur Wiedergutmachung für historische Sünden der Kumpanei mit faschistoiden Systemen, sondern kann sie auch ihr Menschenbild und ihre Sozialethik klarer herausarbeiten, deren Kern nach der Überzeugung Konrad Adenauers und Johannes Pauls II. die Freiheit ist. Die neuen politischen Fronten bieten die Chance, den traditionellen Soupçon bei Linken und Liberalen gegen eine im Zweifel immer rechts stehende Kirche weiter abzubauen und Religion nicht nur als schmückendes Beiwerk eines bürgerlichen Konservativismus erlebbar zu machen. Papst Franziskus hat für diese

notwendige Klarstellung Meilensteine gesetzt, und es gereicht den deutschen Bischöfen zur Ehre, dass sie in den derzeitigen aufgeregten Debatten menschenrechtlich Kurs gehalten und eine Lanze für den humanitären Auftrag Europas gebrochen haben. Allerdings fehlt noch ein klares kirchliches Wort zur Verteidigung der liberalen Demokratie gegen das autoritäre Rollback, das in den orthodoxen und katholischen Kirchen Osteuropas viel Unterstützung findet. Der Rechtspopulismus muss und wird in den Kirchen zu einer Scheidung der Geister führen.

***Dr. Andreas Püttmann** (1964) ist Politikwissenschaftler und freier Publizist in Bonn. Zuvor war er Referent für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Redakteur beim Rheinischen Merkur. 2014/15 wirkte er in der CDU-Zukunftskommission mit, seit 2015 im Vorstand der Gesellschaft Katholischer Publizisten.*

6. Februar 2017

Gabriele Baumann

# Wo steht die Ukraine heute?

3 Jahre nach dem Maidan

## **Die Ukraine kommt voran auf dem Weg der europäischen Assoziierung**

Es ist bereits über drei Jahre her, als die Menschen in Kiew und anderen Städten der Ukraine zu Hunderttausenden auf die Straße gingen und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU einforderten. Der Protest weitete sich in der Folge aus zu einer Bewegung gegen die autoritäre Herrschaft des damaligen Präsidenten und seine Nähe zu Russland. Er endete im Februar 2014 blutig, über 100 Menschen wurden damals von Scharfschützen erschossen. Die Ukrainer legen Wert darauf zu betonen, dass diese Menschen für den europäischen Weg des Landes gestorben sind.

Die Zustimmung der Menschen zu Europa hat seitdem nicht nachgelassen, auch wenn das sehnsüchtig erwartete grüne Licht aus Brüssel zur Visaliberalisierung noch immer auf sich warten lässt und die Verärgerung über den Aufschub groß ist. Denn die Werchowna Rada hat nach langen Debatten neben vielen anderen Punkten wie der Einführung einer elektronischen Datenbank zu Einkommen und Vermögen von Regierungsbeamten und Abgeordneten auch das innenpolitisch umstrittene Anti-Diskriminierungsgesetz verabschieden können. Kiew erlebte im Sommer sogar eine friedliche Gay-Pride mit 1000 Teilnehmern.

Eine Mehrheit der Ukrainer befürwortet bis heute die weitere Annäherung an die EU. Von der hat das Land in den vergangenen Jahren viel finanzielle und politische Unterstützung erhalten, über die Implementierung des Assoziierungsabkommens wird die Gesetzgebung schrittweise an die Rahmenbedingungen der EU angepasst. Ein mühsamer Prozess, der die Ukraine sicher noch die nächsten 10 Jahre beschäftigen wird, zumal die Widerstände von Lobbygruppen und noch intakten Seilschaften des alten Regimes nicht unerheblich sind. Aber seit 2014 steigen die Exporte in die EU insbesondere landwirtschaftlicher Produkte, der Handel mit Russland ist praktisch zusammengebrochen. Die Ukraine hat verstanden, dass sie sich anstrengen muss, um den neuen Herausforderungen zu begegnen. Russland lässt ihr heute keine andere Wahl.

## **Der Energiemarkt verändert sich nachhaltig**

Das Bewusstsein für Energieeffizienz und den Einsatz alternativer Energiequellen ist so stark gestiegen, dass in diesen Wochen kaum ein Tag ohne eine Podiumsdiskussion zu dem Thema mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Politik und die Praktiker in den Kommunen vergeht. Wärmedämmung von Gebäuden, Windenergie und Photovoltaik waren noch vor drei Jahren etwas für einige wenige Experten. Heute ist es politische Priorität, internationale Geber unterstützen diese Entwicklung maßgeblich.

Eine Folge davon ist, dass die Ukraine bereits seit einem Jahr kein Gas mehr auf direktem Weg aus Russland importiert, das Volumen an Gas, das über Revers aus Ungarn und der Slowakei zurückgeführt wird, beträgt gerade noch ein Viertel dessen, was Russland vor 3 Jahren lieferte. Und der Preis ist jetzt kein politischer mehr, sondern einer, der auf europäischen Marktpreisen beruht.

Mit dem 30. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl ist auch dieser Aspekt wieder in den Fokus geraten, im Dezember letzten Jahres konnte das „Confinement“, die Schutzhülle über dem 4.

Reaktor des ehemaligen Kernkraftwerkes, installiert werden. Hier hat die EU über die EBRD kräftig finanziert. Auf Atomenergie will die Ukraine in den kommenden Jahren dennoch nicht verzichten. Zu wichtig ist es, unabhängig zu werden von russischen Kohlelieferungen zur Stromerzeugung, auch wenn das Uran wie die Kohle vielfach aus Russland kommt. Die wichtigsten Kohleminen der Ukraine aber liegen heute in den von pro-russischen Separatisten besetzten Gebieten im Osten des Landes.

## **Das Verhältnis zu Russland**

Die Beziehungen zu Russland könnten kaum schlechter sein. Nach der Annexion der Krim und dem militärischen Eingreifen Russlands im Osten des Landes verteidigt sich die Ukraine gegen den mächtigen Nachbarn im Osten. Bereits 10.000 Opfer beklagt die Ukraine in diesem Krieg. Der Nachbar rüstet die Krim hoch zu einer Militärbasis im Schwarzen Meer und stationiert auf Dauer 55.000 Mann mit Militärgerät an seiner westlichen Grenze zur Ukraine.

Der Donbass ist für die leidende Bevölkerung ein rechtsfreier Raum, deren Anführer erhalten ihre Kommandos und Ressourcen aus Moskau. Die Minsker Verhandlungen sind sicher nicht ideal, aber sie sind noch immer die einzige Plattform, über die sich die Konfliktparteien verständigen können. Auch wenn der Kreml weiter meint, trotz eindeutiger Beweislage gegenüber der Öffentlichkeit behaupten zu müssen, man sei ja schließlich keine Konfliktpartei. Leider ist der Verhandlungsprozess in Minsk komplett ins Stocken geraten, auch die Hoffnungen des deutschen Außenministers als Vorsitzender der OSZE 2016, dass es noch bis Weihnachten zu einem Gefangenen austausch zwischen beiden Seiten kommen könnte, haben sich nicht erfüllt. Für die Menschen, die teilweise seit langer Zeit unter menschenunwürdigen Bedingungen und Folter in den besetzten Gebieten festgehalten werden, wäre dies ein unschätzbare Geschenk gewesen. Die militärischen und politischen Verhandlungen werden auch im kommenden Jahr weitergehen, die Ukraine möchte um jeden Preis einen eingefrorenen Konflikt vermeiden. Ähnlich gelagerte Beispiele wie Transnistrien, Südossetien und Abchasien sind ja nicht neu und haben die Konfliktlage in der Region nicht aufgelöst.

## **Innenpolitische Reformen werden langsam spürbar**

Wenn wir von Transformationsländern sprechen, so bemühen wir häufig und sehr zu recht die Notwendigkeit eines mentalen Wandels in der Bevölkerung. Wie sich das in der Ukraine neben der technischen Umsetzung der Reformen nachweisen lässt, dafür steht beispielsweise der neue Umgang mit Energieressourcen. Erwähnen möchte ich hier auch noch den Abschied von einem zentral gelenkten Staat.

Im Zuge der Dezentralisierungsreform wandelt sich die Auffassung von einem Staat, in dem der Präsident des Landes als der Wohltäter eines jeden neuen Spielplatzes oder der pünktlichen Zahlung der Rente angesehen wurde, hin zu einem subsidiären Verständnis von Demokratie.

Eine neue Gesetzeslage mit erheblichen steuerlichen Neuerungen für die Kommunen sowie die Anfänge einer Gebietsreform haben dazu geführt, dass die Gemeinden jetzt nicht nur über mehr Ressourcen verfügen, sondern auch überlegen müssen, was sie mit den Geldern und neuen Zuständigkeiten sinnvoll anfangen. In vielen Teilen des Landes werden nun endlich Straßen und Schulen saniert.

Und wenn sich in der Kommune sichtbar etwas verändert, wollen auch die Bürger ihren Beitrag dazu leisten und mehr Eigenverantwortung übernehmen. Das Ehrenamt hat in diesen Zeiten Konjunktur. Dazu kommt noch, dass auf der kommunalen Ebene mittlerweile eine ganz neue Generation von Politikern angekommen ist, die Interesse am Austausch mit europäischen

Institutionen haben und sich von dort Anregungen holen.

Und einen letzten Punkt möchte ich noch anführen: Die „Dekommunisierung“ wurde erst möglich durch den Maidan. Sie ermöglichte mit einer neuen Gesetzeslage die Öffnung der KGB-Archive, den Aufbau eines Instituts für nationales Gedächtnis sowie die konsequente Umbenennung von Ortschaften und Straßen. In der Ukraine gab es bis 1990 sogar mehr Lenin-Denkmäler als in Russland, obwohl das Land von der Fläche deutlich kleiner ist. Heute gibt es sie nur noch ganz vereinzelt. Und man wohnt nicht mehr auf der „Lenin“-Straße und geht nicht mehr am Dserschinski-Denkmal vorbei zu seinem Arbeitsplatz auf der „Kommunistischen“ Straße. Auch das zeugt von einem, wenn auch nicht immer einfachen, aber tiefgreifenden Wandel in den Köpfen der Menschen, die diese Veränderung mittragen.

***Gabriele Baumann** (1963) ist Slawistin und seit 2012 Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew. Zuvor seit 1994 war in der Stiftung in verschiedenen Referenten- und Leitungsfunktionen tätig und leitete u.a. von 2000 – 2005 das Stiftungsbüro in St. Petersburg*



Amelie Kircher

## **Populismus als Herausforderung der Demokratie**

2016 wird als ein Jahr in Erinnerung bleiben, in dem populistische Parteien westliche Demokratien auf den Prüfstand gestellt haben. Wir alle wurden erinnert, dass Demokratie harte Arbeit für jeden Beteiligten bedeutet. Der Front National, UKIP, die Alternative für Deutschland, die Fünf-Sterne Bewegung in Rom: All diese Parteien wurden Anfang des Jahres noch belächelt. Und dann: Der 23. Juni – Großbritanniens Ja zu einem Austritt aus der Europäischen Union. Die westlichen Medien blickten nervös auf die Präsidentschaftswahlen in den USA. Trump gewann die Wahl, Populismus scheint wieder offiziell erfolgreich zu sein. Doch wäre Hillary Clinton Präsidentin geworden, wir hätten uns nach der Wahlnacht am 9. November nicht weiter mit den Problemen von Trumps Wählern beschäftigt. Aber es kam anders. Und das hat auch seine guten Seiten.

Von den westlichen Medien hat keiner einen Sieg Trumps für möglich gehalten. Die Reaktionen der Presse auf den Sieg des Republikaners sind umso verbitterter: Trump, der zuvor unisono von den deutschen Zeitungen als unwürdig, cholertisch und populistisch deklariert wurde, wird jetzt nicht nur kritisch beäugt. Journalistinnen und Journalisten zeigten sich am Tag nach der Wahl am Boden zerstört – dabei war das nicht ihre Aufgabe. Statt das zu berichten, was geschah, verstrickten sich viele Zeitungen in die Ideale einer liberalen, aufgeklärten Demokratie, denen zufolge die demokratische Kandidatin hätte gewinnen sollen.

Ein solcher Umgang mit Populisten ist kein Einzelfall. Es sind diese Reaktionen, die sie so gefährlich machen. Wir müssen von der Idee abrücken, unsere Ideale könnten eins zu eins in der Realität umgesetzt werden. Jahrelang waren wir eingelullt von einem nach außen funktionierenden Europa. Doch Demokratie bedeutet nicht, es sich in einem lauwarmen Konsens bequem zu machen. Wir sind der Illusion aufgesessen, unsere Werte könnten für sich bestehen, sobald sie einmal durchgesetzt sind. Doch sie müssen stetig verteidigt werden. Es ist wieder Bewegung in die westlichen Demokratien gekommen, mit dem Brexit hat es geknallt. Mit dem Votum kamen nicht nur antieuropäische und populistische Stimmen zu Wort, sondern endlich auch diejenigen, die sich FÜR ein gemeinsames Europa einsetzen. Es scheint diesen Paukenschlag gebraucht zu haben, einen schmerzhaften Weckruf, der den Europäern vor Augen geführt hat, wie wichtig die Europäische Union ist.

Ob nun positiv oder negativ, wir müssen diese Entwicklungen nüchtern zur Kenntnis nehmen. Trump wird der nächste amerikanische Präsident. Er hat es geschafft, Millionen Amerikaner zu mobilisieren und vor allem eins: Ihnen eine Stimme zu verleihen. Denn diese Sorgen existieren und dürfen nicht ignoriert werden. Wir sollten die Entwicklung hin zu einem Zusammenprall politischer Meinungen als Chance begrüßen. Für einen solchen lebendigen, emotionalen Diskurs, in dem Meinungen des gesamten politischen Spektrums zu Worte kommen, braucht es aber eine solide Basis – die Anerkennung der Grundsätze der demokratischen Ordnung. Konkret heißt das: Auch wenn Populisten wie Trump es schaffen, dass sich mehr Menschen mit Politik auseinandersetzen, ist das kein Freifahrtschein für Rassismus, Sexismus und Fremdenhass. Eine lebendige Demokratie bedeutet, sein Gegenüber als politischen Gegner mit all seinen Rechten anzuerkennen, nicht als Feind. Diese Revitalisierung der Demokratie kann als Heilmittel gegen verkrustete Strukturen im Staat eingesetzt werden. Die damit verbundene Re-Emotionalisierung des Diskurses spielt nicht nur den Populisten in die Hände, sondern uns allen, denn wir identifizieren uns über sie wieder viel stärker mit der Politik.

Das Jahr 2016 wird als das „Populistenjahr“ gehandelt. In Deutschland ist die AfD inzwischen in zehn Landtagen vertreten. Nach Trumps Sieg wurde schon von einem weltweiten „Trump-Effekt“ gesprochen, der Rechtspopulisten in die Hände spielt. Besorgt wurde auf die

Bundespräsidentenwahl in Österreich geblickt. Als statt des Rechtspopulisten Norbert Hofer sein politischer Gegner Alexander van der Bellen die Wahl gewann, atmete Europa merklich auf – die Österreicher schienen die Gefahr verstanden zu haben. Doch es besteht nur am Rande eine Verbindung zu Trumps Erfolg. In Europa herrscht dank der kulturellen Diversität ein weitaus kraftvollerer natürlicher Schutz vor Rechtspopulismus als in Amerika. Die größere Herausforderung folgt dennoch erst noch. 2017 stehen wieder Wahlen in Europa an, darunter in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland, welche schon jetzt inhaltlich von populistischen Parteien dominiert werden.

Und hier liegt der entscheidende Punkt: Die etablierten Parteien müssen verstehen, dass sie sich inhaltlich nicht dem Diskurs der populistischen Parteien anpassen dürfen, wie es der Fall in Österreich ist. Jahrelang eiferten die SPÖ und die ÖVP der FPÖ inhaltlich nach, verbogen ihre Parteiprogramme, um FPÖ-Wähler für sich zu gewinnen – ohne Erfolg. Wohl aber können sich Parteien bei der Form populistischer Parteien inspirieren. Populisten benutzen eine simple Sprache, brechen komplexe Inhalte auf leicht annehmbare Parolen herunter und nutzen effektiv die sozialen Medien. Die älteren Parteien sind es den Wählerinnen und Wählern schuldig, ihre Inhalte für jeden verständlich auszudrücken. Es schadet nicht, komplexe Diskussionen auf ein paar Schlagworte herunterzubrechen, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Der entscheidende Unterschied zum Populismus: Danach muss Inhalt folgen. Denn das ist die Stärke nichtpopulistischer Parteien.

In Amerika muss Trump nun im Amt bestehen. Für viele Populisten ein Albtraum, läuft er doch Gefahr, seine eigenen Parolen zu entzaubern. Dieser Weg durch die Institutionen ist für Wähler wie Gewählte heilsam, scheitern doch so viele an ihm. Auch wenn Trump im Weißen Haus gezähmt werden sollte, sind seine Anhänger mobilisiert, die fremdenfeindlichen Parolen verbalisiert. Aber auch ihre Gegner sind auf der Straße und setzen sich lautstark für eine tolerante Gesellschaft ein. Begegnen wir Rechtspopulismus also mit einer starken Opposition, so wie sie in einer lebendigen Demokratie gelebt werden sollte. Als ersten Schritt müssen wir lernen, das Potential einer Re-Emotionalisierung der Politik zu nutzen.

*Amelie Kircher (1994) studiert im binationalen Master Angewandte Politikwissenschaft / SciencesPo an der Albert-Ludwigs Universität Freiburg und dem Institut d'Etudes Politiques Aix-en-Provence.*

20. Februar 2017

Judith Uhrmeister

## Grenzenloser Spaß oder begrenzte Freude?

Die Biene Maja an der Wursttheke; eine Herde Giraffen mitten in der Altstadt; der Räuber Hotzenplotz am Steuer einer Straßenbahn – das ist während der Karnevalssession im Rheinland völlig normal. Keiner wundert sich, wenn mitten im Alltag verkleidete Menschen ganz alltägliche Dinge tun. Im Gegenteil: Es fällt auf, wenn man es nicht tut. Karneval gehört dazu.

Wenn man sich nicht in seiner eigenen Wohnung verbarrikadiert, dann kann man sich dem Karnevalstreiben nicht entziehen. Die Städte im Rheinland sind in Bewegung. Am 11.11. geht es los, und spätestens ab Altweiberdonnerstag gibt es kein Halten mehr. Bis Aschermittwoch besucht man Umzüge, Prunksitzungen und Karnevalsparties, und für alle, die arbeiten müssen, gibt es Karnevalssendungen in Funk und Fernsehen oder sogar hauseigen organisierte Geschäftsparties. Es darf mal so richtig ausgelassen gefeiert werden, egal wo: beim Bäcker, Friseur, in der Bahn, bei der Polizei, im Krankenhaus, einfach überall. Und alles sonst so Schwerwiegende wird gut kostümiert weggeschunkelt, abgeknutscht oder davon gewunken. Alaaf und Helau!

Ob man Karneval nun mag oder nicht, ich glaube, dass sich zwischen alten Herren mit beeindruckend langen Federn an den Hüten, betrunkenen Jugendlichen, Funkenmariechen, der mexikanischen Gastgruppe und bonbonsammelnden Kindern etwas Urchristliches beobachten lässt: die ausgelassene Freude – angesichts alternder, grauer Gemeinden und spaßbefreiten kirchlichen Morallehren erscheint dieser Gedanke zugegebenermaßen ungewohnt. Doch seit Jahrtausenden erzählen sich Gläubige von der Fröhlichkeit und dem Jubel, den Gott in ihnen auslöst, so zum Beispiel in Psalm 65 („Du machst fröhlich, was da lebt im Osten und Westen.“) oder in Jesaja 9 („Du weckst lauten Jubel, du machst groß die Freude.“).

Gläubige empfinden das Handeln Gottes als Befreiung, die zum Jubel anstiftet. Eine solche Befreiung ist zentral im Christentum: Christus ist in den Tod gegangen, aber er ist auch wieder zum Leben auferstanden. Und damit hat er eine Grenze durchbrochen, vor der Menschen verzagt und ohnmächtig stehen bleiben. Er schafft damit etwas, das die Grenzen aller menschlichen Möglichkeiten weit überschreitet. Denn die Geschichte von Jesus von Nazareth, dem Christus, endet nicht mit seinem grausamen Tod am Kreuz. Dort beginnt sie erst richtig. Sie beginnt in den frühen Morgenstunden seines dritten Todestages. Dann, wenn die Frauen, die seinen Leichnam salben wollen, das Grab leer finden. Dann, wenn einigen Menschen langsam klar wird, dass Jesus auferstanden ist; dass es Leben gibt nach dem Tod. Was genau in jenen Morgenstunden mit Jesus passiert ist, darüber streiten sich die Menschen seither, aber sicher ist: es hat eine freudige Massenbewegung ausgelöst. Alle, die dem Auferstandenen begegnet sind, werden angesteckt vom Fieber der frohen Botschaft: es geht weiter! Gott hat uns nicht verlassen.

Der Tod ist nicht das Ende. Und so kommt erst im Angesicht des Todes christliche Freude auf. Wir Menschen können das nicht, den Tod besiegen. Wir stehen fassungslos vor den Gräbern unserer Lieben und am Ende liegen wie selbst in einem. Der Tod ist da und er ist immer noch endgültig. Das Böse ist da, und es ist immer noch gewaltig und tödlich. Und gerade deswegen zieht dieser eine Auferstandene die Aufmerksamkeit auf sich wie ein Sog, und wenn Menschen hinschauen, sagt er durch die Jahrhunderte: Im Tod ist Leben und im Leben ist Tod. Diese beiden Seiten kann man nur erleben, wenn man sich auf beides einlässt: auf Leben und Tod.

Erstaunlicherweise ist dieser vermeintliche Widerspruch auch im Karneval wiederzufinden und wird von den Narren zelebriert. Im Düsseldorfer Karneval gibt es die Figur des Hoppeditz. Er ist eine narrenartige Figur, die zu Beginn einer jeden Session feierlich auf dem Rathausplatz zum Leben erwacht und pünktlich zu Aschermittwoch unter Tränen der Narren wieder zu Grabe getragen wird. Den Narren ist bewusst, dass ihre Zeit begrenzt ist. Sie fiebern das ganze Jahr über auf die tollen Tage hin, weil dann alles möglich ist – endlich Cowboy oder Prinzessin sein, rote oder goldene Haare tragen, endlich die ganze Welt umarmen. Doch am Aschermittwoch ist wieder alles vorbei, dann holt der Alltag die Karnevalisten wieder ein. Der Karneval entfaltet sich vor dem Hintergrund des Alltags und lebt somit von ihm. In diesem Punkt sind sich Karneval und die christliche Religion sehr nah: beides sind Befreiungsbewegungen, die ihren Ausgangspunkt im tristen Alltag bzw. im tiefsten Leid haben.

Dass weder Religion noch Karneval Probleme endgültig lösen, zeigt schon die jährliche Wiederholung: Jedes Jahr feiern die Narren Karneval, jedes Jahr feiern Christen Ostern, doch jedes Jahr enden beide Feste. In dieser Hinsicht ist beides zwecklos und ohne nachweisbaren Nutzen, leistet aber doch etwas Unverzichtbares: Wir gehen aktiv mit unseren Grenzen um und umspielen sie; das bringt uns in Bewegung und eröffnet neue Horizonte.

*Judith Uhrmeister (1982) ist Pfarrerin in Düsseldorf und irgendwie auch Hobbynärrin. Sie kam der Liebe wegen ins Rheinland und lernte dort in Köln und Düsseldorf die rheinischen Karnevalsfreuden kennen und schätzen. Nach dem Vikariat an der Citykirche in der Düsseldorfer Innenstadt ist sie momentan in Elternzeit und überlegt sich schon, als was ihre Kinder dieses Jahr zum Karnevalsumzug gehen.*

6. März 2017

Chantal Grede

# Politik und „die jungen Leute“

**#feiernbisdiehüttekracht #wirhabendemokratieyeah**

**Warum wir mehr Erlebniswelt Demokratie brauchen**

## **Meine Highlights der Woche**

„Beginn des Bundesparteitages 2016 in Essen mit unserer CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel“

*Axel Voss, CDU bzw. EVP, MdEP*

„Mein 334. Infobrief aus Berlin ist online. Themen sind u.a. der Doppelpass, die Finanzierung der Atommüllbeseitigung und die Neuregelungen im Urheberrecht“

*Ulrich Kelber, SPD, MdB*

„Die ROTEN sind doch für die ROTEN Zahlen verantwortlich.“

*Bernhard Tenhumberg, CDU, MdL NRW*

Am liebsten würde ich es unter jeden Facebook-Post der MdB, MdL oder Kommunalpolitiker schreiben, deren follower ich auf Facebook und twitter bin. Ich würde es gerne hashtaggen, kommentieren oder wahlweise auch mal im Straßenwahlkampf an den Oma-Stehtischen unter bunten Luftballons von Waren an der Müritz bis Gerolstein in der Vulkaneifel laut herausschreien: Macht endlich die Demokratie sexy!

Der 334. Infobrief aus Berlin – und Bürgerinformation in allen Ehren, hört das jetzt bloß nicht auf, wo ihr es doch gerade gelernt habt – der interessiert nicht die, die es interessieren müsste. Und dass die CDU ihren Bundesparteitag in Essen hatte und jeder MdB, MdL und Kommunalpolitiker ein Bild von Angie (und sich) am Rednerpult postet, #geschenkt.

Doch so einfach ist es nicht. Ich kenne zu viele der jungen Gesichter des Straßenwahlkampfes v. a. in den zwei großen Parteien. Das sind schlaue Köpfe, die mit Sinn und Verstand und mit so viel Ehrgeiz und Überzeugung kommunal Parteipolitik betreiben. Was soll ich sagen – ich bewundere sie. Nach der ersten Übergabe von Gummibärchen und Luftballons an Opi Nr. 1 oder, ganz innovativ, Popcorn und Touchscreen-Reinigern an Null-Bock-Jugendlichen Nr. 2, und der damit verbundenen Diskussion über „die Flüchtlinge“, „die innere Sicherheit“, „die Digitalisierung“ wäre ich raus. Klipp und klar, ganz einfach raus.

Meine Geduld findet zu schnell ein Ende, obwohl ich zugleich doch davon überzeugt bin, dass es (noch) keine Alternative zu Parteipolitik gibt. Es bedarf einer Struktur zur gemeinsamen Artikulation von Meinungen. Politik funktioniert in diesem Land über Engagement in Parteien, die einen kleinsten gemeinsamen Nenner finden und ihn dann ins politische System einspeisen. Zunächst: Chapeau (oder lieber #chapeau) all jenen, die mit Leidenschaft für eine Partei eintreten. Wir brauchen in der Gesellschaft nämlich mehr von euch bzw. uns: Von Menschen, die überzeugt sind von ihrer Sache und produktiv etwas ändern möchten anstatt Lügenpresse und Meinungsdictat in die Röhren der Republik zu hetzen.

Das Problem dabei: Der kleinste gemeinsame Nenner war noch nie sexy. Er ist vielmehr ein mühseliger Kompromiss, zu dem alle ihren Senf geben, diskutieren, laaabern, tratschen und am Ende erkennt man die ursprüngliche Idee nicht mehr wieder. Und, Gott im Himmel, unsere

politische DNA in Deutschland ist auch noch so stark geprägt davon. Uns fällt es qua natura schwer, zu akzeptieren, dass Demokratie auch 50 % plus 1 Stimme sein kann.

Wir wägen ab, stellen ins Verhältnis, und dann auch noch: Angela Merkel. Die Zauderkönigin. #dankeangie, das haben wir dir also auch noch zu verdanken. Du „entpolitisiert“ die Politik, du überlegst, bevor du handelst und reagierst nicht schnell, #ampulsderzeit, das wird nicht dein Hashtag, ich muss dich enttäuschen. Ich würde dir gerne helfen, den #swiffer in die Hand zu nehmen und Parteipolitik zu entstauben, aber wie ich sehe, hast du dabei schon genügend Hilfe, z. B. von deinem Online-Redaktionsteam. Du gehst neuerdings sogar live. Auch hier: Chapeau.

Kurzum: Unser Streben nach Konkordanz widerspricht ganz grundsätzlich dem Zeitgeist der Jugend. Aber das tat sie doch schon immer? Ja und nein. In Zeiten wie diesen klingt es zynisch, unangemessen, dekadent, aber wir kennen doch keine Krisen mehr. Oder aber eben zu viele Krisen: Eurokrise, Finanzkrise, Flüchtlingskrise. Wir sind keine Schicksalsgemeinschaft mehr wie es unsere Großeltern und Eltern waren. Unsere Sorgen sind kleiner, aber dafür können wir nichts. Hätten unsere Großeltern damals so hart gearbeitet, wenn es nicht gegolten hätte, Deutschland nach dem Nationalsozialismus wiederaufzubauen? Wären unsere Eltern Parteien beigetreten, wenn man die Demokratie nicht gegen die RAF hätte verteidigen müssen? Als man in unmittelbarer Nachbarschaft einen Teil Deutschlands hatte, der eben nicht demokratisch war? Was hat das mit unseren Großeltern und Eltern gemacht?

Es hat ihnen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit gegeben – und dies auch in parteipolitischen Strukturen. Man hatte ein Ziel, eine „Mission“. Man engagierte sich nicht, weil es nachher im Lebenslauf besser aussah. Man engagierte sich aus Überzeugung, für die sexuelle Revolte oder gegen Atomkraft. Man trug Gänseblümchen im Haar.

Unsere Gänseblümchen gibt es auch, mal online und mal offline. Wir engagieren uns für Flüchtlinge, wir organisieren Aktionen, wenn in Italien oder Chile die Erde bebt, vermutlich, weil wir dort schon mal über eine Couch oder eine Welle gesurft sind. Wie aber können wir glaubwürdig vermitteln, dass das Engagement innerhalb von Parteien und im politischen Alltag heute mehr denn je wichtig ist? Das ist die Frage, die die jungen Organisationen der Parteien und auch die Parteien indes beschäftigt. Und Gott bewahre, fangt nicht an hashtags zu benutzen (#nohashtag), nur, weil ihr cool sein wollt.

In der #akademikerbubble, die auch mich umgibt, und vor allem in der „großen“ Politik, der ich beiwohnen durfte, wird immer wieder angeführt: Bildung. Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Wenn wir doch nur alle nur genügend bilden! Dann haben wir kein Problem mehr! Kein absoluter Widerspruch, natürlich nicht, wie auch. Aber Bildung ohne Emotion wird euch nicht helfen, und es wird auch keinen jungen Politiker mehr in eure Reihen bringen, der es nicht auch so schon geworden wäre. Der Vorwurf, der einigen Lesern jetzt durch den Kopf geht: Politik ist doch keine Show. Angela Merkels Politik ist rational, abgeklärt, nüchtern und richtig und ihre unaufgeregte Art tut gut #ganzmeinemeinung! Wo liegt dann die richtige Balance?

Die Wahrheit ist: Die Balance ist schwierig zu finden. Eine poppige Wahlkampfkampagne der JU oder Jusos wird vermutlich auch nicht die große Welt retten (nur im Kleinen). Aber die zentrale Aussage: Wo bleibt das Erlebnis der Demokratie? Die rechtsextreme Szene bietet das z. B. alles. Sie bietet einen Lifestyle von Hoodie, Musik bis zu Demos.

Wir aber sollten die sein, die die Pullis tragen, die Musik hören, die ekstatisch auf Versammlungen abgehen. Wir sollten es nicht nur angesichts der aktuellen Ereignissen auf unserem Planeten jeden

Tag abfeiern: #wirhabendemokratie, wir leben in Freiheit. Nur, wenn wir es vermögen, Demokratie erfahrbar zu machen und die Vorteile unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vermitteln – spürbar zu machen, anfassen zu können – dann sind wir auf dem richtigen Weg. Die Partei muss dabei zum #kumpel werden, der Bestandteil des Lebens ist. So ein buddy hält dann auch mal einer Meinungsverschiedenheit stand.

***Chantal Grede** (1991), M. A. in Politikwissenschaft, hat in Trier, Lyon und Bonn Politikwissenschaft und französische Philologie studiert. Während ihres Studiums sammelte sie Arbeitserfahrungen in verschiedenen Parlamenten, in der Politikberatung, europäischen und internationalen Zusammenarbeit und im Journalismus. Sie ist Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und engagiert sich ehrenamtlich für Bildungsgerechtigkeit und im sozial-karitativen Bereich.*

13. März 2017

Michael Sabel

## Energiepolitik vor alten und neuen Herausforderungen

Die einen nennen die Energiewende die größte Herausforderung seit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. Die anderen sehen hierin eine ähnlich große Anstrengung wie in der demographischen Frage oder der Digitalisierung. Auf einem Blog, der sich Politik und Zeitgeschehen aus christlicher Perspektive nähert, möchte ich eine dritte Sichtweise bemühen: Energiewende und Klimaschutz sind bis dato das größte Vorhaben, um das Erbe der Menschheit – Gottes Schöpfung – zu erhalten und nachhaltig nutzbar für zukünftige Generationen zu machen.

Ziel des Beitrages ist es, ausgewählte alte und neue Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes darzustellen. Die drei alten Herausforderungen liegen darin,

volatile sowie ungünstigen klimatisch-geographischen Faktoren unterworfenen Erneuerbare Energien zu den Trägern der Hauptlast der deutschen Energieversorgung zu machen, den Stromverbrauch in den nächsten Jahrzehnten drastisch zu reduzieren und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Energiewende nicht nur eine Stromwende ist, sondern ebenso eine Verkehrs- und eine Gebäudewende impliziert. Zu den neuen Herausforderungen zählen

ein für den Klimaschutz wirksamer, globaler Treibhausgasemissionshandel sowie Bemühungen, der Atmosphäre wieder CO<sub>2</sub> zu entziehen.

Erneuerbare stellten in 2015 29% der deutschen Bruttostromerzeugung, davon wiederum entstammte über die Hälfte der Wind- und der Solarkraft. Diese beiden Energieträger sind hochvolatil, d.h. sie liefern nicht konstant die gleiche Menge Energie – man kennt die Argumente zu Genüge: Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, fallen diese beiden Komponenten größtenteils aus. Überdies: Wenn zu viel Sonne scheint und der Wind zu stark weht, kann das Mehr an gewonnener Energie ebenfalls nicht genutzt werden, weil es an Speicherkapazitäten mangelt. Eine stetige Verbesserung der Speichermöglichkeiten sowie ihr massiver Ausbau können dem Abhilfe leisten. Gleichzeitig wäre eine Europäisierung der Stromerzeugung und -verteilung hilfreich, um die Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie zu optimieren.

Mit der Energiewende geht auch eine Energieverbrauchswende einher. Die Bundesregierung sieht vor, bis 2050 den Bruttostromverbrauch um 25% im Vgl. zu 2008 zu senken. Dies kann nur gelingen, indem man das Wirtschaftswachstum vom Energiebedarf entkoppelt sowie darüber hinaus weitere Anstrengungen zur Reduktion des Energieverbrauchs unternimmt. Das fängt bei verbrauchsärmeren Elektrogeräten an, geht weiter mit der Reduktion des Leitungsverlusts beim Stromtransport, und geht über zu *Smart Energy Consumption* – die exakt benötigte Menge Strom zur exakten Zeit verbrauchen – nicht mehr – aber besser auch nicht weniger.

Außerdem ist es notwendig, dass die Energiewende endlich nicht mehr nur auf eine Stromwende reduziert wird. Ein paar Zahlen zur Erläuterung: Die Energiewirtschaft in Deutschland ist mit ca. 39% der größte Emittent, der Verkehr und der Gebäudebereich sind aber jeweils für ca. 20% der Emissionen verantwortlich. Der Verkehr muss demnach mitziehen: Notwendig ist eine Mischung aus elektrischen, chemischen (Wasserstoff) und gasbasierten Antrieben, hybriden Lösungen, effizienterer Biosprit sowie eine enorme Effizienzsteigerung im Verkehrsbereich. Im



Gebäude-/Wärmebereich sind bereits heute umsetzbare Lösungen vorhanden: Mit Dämmung, energiesparenden Maßnahmen und regenerativer Energieerzeugung, z.B. durch Geothermie, lassen sich große Fortschritte erzielen.

Bezüglich der neuen Herausforderungen sei angemerkt, dass diese weniger auf Deutschland beschränkt sind, sondern global angegangen werden müssen.

Da ist zunächst eine Globalisierung des Treibhausgasemissionshandelssystems: Die EU hat ein solches *EU ETS (Emission Trading System)* bereits 2005 eingeführt. Gleichwohl das EU ETS Defizite vorweist, gilt der Emissionshandel dennoch als ein effektives Instrument zur Reduktion der Treibhausgase. Eingedenk des globalen Ausstoßes und der ebenso globalen Klimafolgen, sollte der Emissionshandel aber nicht regional beschränkt, sondern weltweit eingesetzt werden. Ein solches Vorhaben mit allen (relevanten) Staaten gemeinsam umzusetzen, ist eine abenteuerliche Aufgabe. Und dennoch: Die Anfänge in Europa sind gemacht, und jüngst hat auch die Volksrepublik China verlauten lassen, einen eigenen nationalen Emissionshandel einzuführen – daher bleibt ein Rest an Zuversicht, dass in den kommenden Jahren immer mehr Staaten gleichziehen werden und in einem zweiten Schritt eine weltweite Harmonisierung der Handelssysteme in greifbare Nähe rückt.

Was aber, wenn all die Reduktionsmaßnahmen nicht ausreichen werden? Der sog. *Global Carbon Budget* ist das weltweit noch zur Verfügung stehende Budget an Emissionen, die noch ausgestoßen werden können, um das 2°C-Ziel der Erderwärmung einzuhalten. Es gibt Prognosen, nach denen die avisierten Reduktionsmaßnahmen nicht ausreichen werden, sprich das *Global Carbon Budget* binnen weniger Jahrzehnte aufgebraucht sein wird. In diesem Falle würden die sog. negativen Emissionen greifen, d.h. der Atmosphäre müsste CO<sub>2</sub> entnommen werden. *BECCS, Bioenergy with Carbon Capture & Storage*, scheint hierbei eine der vielversprechendsten Methoden: Die Energieerzeugung würde massiv auf Biomasse umgestellt. Da Pflanzen Photosynthese betreiben, würde somit der Atmosphäre CO<sub>2</sub> entzogen. Gleichzeitig würde bei der Energieerzeugung aus Biomasse das freigesetzte CO<sub>2</sub> gespeichert. Dies müsste selbstredend global in einem bisher ungekannten Maßstab geschehen.

Was lässt sich bis hierhin festhalten? Zunächst, dass die geschilderten Herausforderungen beileibe nicht die einzigen sind. Ferner, dass sie nur unter großen Anstrengungen und im Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik, Forschung und Gesellschaft zu meistern sind. Aber auch, dass es für die Herausforderungen schon heute technische und politische Lösungsansätze gibt. Ob die deutsche Energiewende und der globale Klimaschutz gelingen werden, wird sich zeigen. Es liegt an uns allen, einen Beitrag hierzu zu leisten.

*Michael Sabel (1988) hat Geschichte und Politikwissenschaft mit Schwerpunkt auf Energiepolitik an den Universitäten Bonn und Kopenhagen studiert. Derzeit arbeitet er bei Deutsche Post DHL Group im Bereich Konzernkommunikation und Unternehmensverantwortung und promoviert über Energiepolitik im föderalen System.*

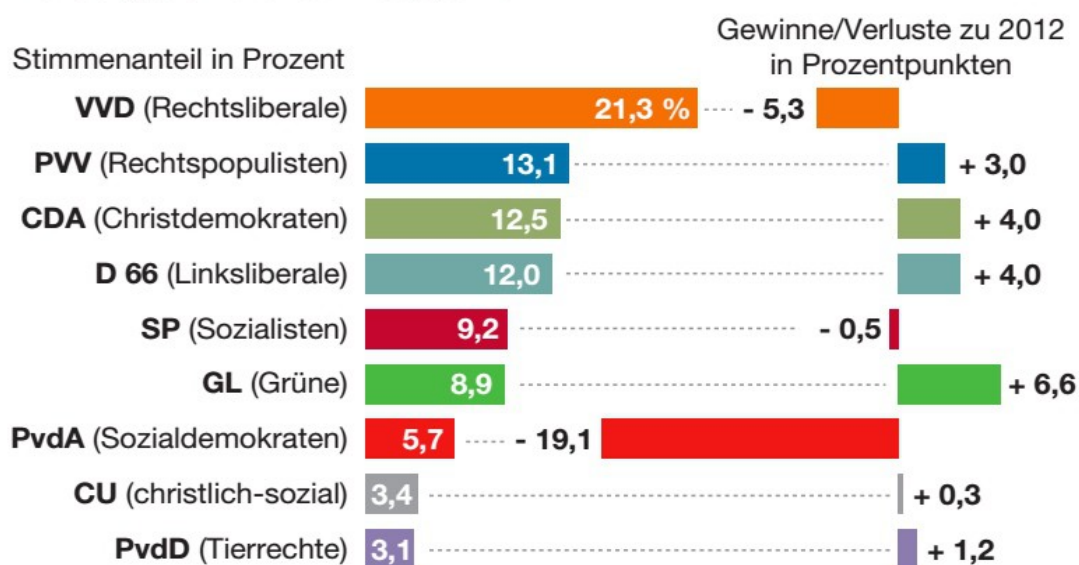
Stephan Eisel

# Mit der Europaflagge gegen Populisten

## Was uns die Wahlen in den Niederlanden zeigen

Dem Ergebnis der Parlamentswahlen in den Niederlanden am 15. März 2017 kommt eine hohe Symbolkraft zu, weil es auch medial zur Entscheidung über die Zukunftsaussichten europafeindlicher Bewegungen hochstilisiert wurde. Umso größer war die Erleichterung bei Europafreunden, dass der Rechtspopulist Geert Wilders nicht den befürchteten Erfolg erzielen konnte. Trotz leichter Stimmgewinne erhielt der Befürworter eines Austritts der Niederlande aus der EU nur 13 Prozent der Stimmen. Die besonders europafreundlichen Parteien CDA, D66 und GL verbesserten sich hingegen um fast 15 Prozent der Stimmen. Insgesamt wählten weit über 80 Prozent der Niederländer Parteien, die an ihrer Europatreue keinen Zweifel lassen.

### Vorläufiges amtliches Endergebnis



Nach der österreichischen Präsidentschaftswahl vom 4. Dezember 2016 wurde damit zum zweiten Mal klar, dass der mit dem Brexit-Votum und der Trump-Wahl scheinbar unaufhaltsame Domino-Effekt populistischer Wahlerfolge kein Automatismus ist. Das ist umso ermutigender als die Wahlbeteiligung in den Niederlanden um 6 Prozent auf über 80 Prozent gestiegen ist und in Österreich bei der Stichwahl im Dezember 2016 mit 74 Prozent um 6 Prozent höher lag als im 1. Wahlgang vom April 2016, den die europafeindlichen Populisten für sich entscheiden hatten.

Entwarnung bedeuten die Ergebnisse im Blick auf die anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen im April und die Bundestagswahlen im September noch nicht – aber es ist der Nachweis gebracht, dass mehr Selbstbewusstsein der Befürworter der europäischen Einigung auch bei Wahlen Wirkung zeigt.

In Frankreich liegt in den Umfragen zur Zeit trotz des Handicaps eines zersplitterten Europalagers der europafreundlichste Kandidat Emmanuel Macron knapp vorne. Aber die Europegegnerin Le Pen, die für den EU-Austritt Frankreichs eintritt, bringt es immerhin auf ein Viertel der Stimmen. Bei den letzten französischen Parlamentswahlen 2012 kam der Front National wie jetzt Wilders in den Niederlanden auf 13 Prozent.

In Deutschland steht die europafeindliche AfD bei +/- 10 Prozent. Dies entspricht in etwa dem Anteil der Deutschen, die in einer EU-Mitgliedschaft mehr Nachteile als Vorteile sehen.

Umso wichtiger ist es, dass jetzt auch in Deutschland die Europafreunde Farbe bekennen. Hier ist sehr ermutigend, dass die Bürgerinitiative #pulseofeurope immer mehr Zulauf erhält. Die Ziele dieser überparteilichen und unabhängigen Bürgerbewegung sind klar formuliert:

*„Wir sind überzeugt, dass die Mehrzahl der Menschen an die Grundidee der Europäischen Union und ihre Reformierbarkeit und Weiterentwicklung glaubt und sie nicht nationalistischen Tendenzen opfern möchte. Es geht um nichts Geringeres als die Bewahrung eines Bündnisses zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung von individueller Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit. Leider sind aber in der Öffentlichkeit vor allem die destruktiven und zerstörerischen Stimmen zu hören! Deshalb: **Lasst uns lauter und sichtbarer werden!** Wir alle müssen jetzt positive Energie aussenden, die den aktuellen Tendenzen entgegenwirkt. Der europäische Pulsschlag soll allenthalben wieder spürbar werden!“*

In inzwischen fast 50 deutschen Städten wird bis zur Frankreichwahl jeden Sonntag um 14 Uhr für Europa demonstriert. Zuletzt waren es über 20.000 Teilnehmer, ihre Zahl wächst ebenso wie Zahl der Städte ständig. Längst haben die Europafreunde auf den öffentlichen Plätzen der Republik die europafeindliche Pegida überholt.

Wer europafeindlichen Populisten entgegen treten will, muss genau hier ansetzen: Flagge zeigen und Stellung beziehen, damit nicht leichtfertig wie in Großbritannien das verspielt wird, was für uns Europäer Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiert: das europäische Miteinander statt des nationalistischen Gegeneinander, das in der europäischen Geschichte immer wieder ins Desaster geführt hat.

Uns Europäern muss im Zeitalter der Globalisierung auch noch klarer werden, dass wir nur ein kleiner Teil in dieser Welt sind. Heute leben nur etwa 7,5 Prozent der Weltbevölkerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. 2050 werden wegen des unterschiedlichen Bevölkerungswachstums nur rund 4 Prozent der Menschheit Europäer sein. Wir haben als kleine Minderheit in der Weltgesellschaft nur dann eine Chance, unsere Werte, unsere politische Kultur, unsere Lebensweise und unseren Wohlstand zu bewahren, wenn wir noch mehr zusammenrücken und noch enger zusammenarbeiten.

Nach der Selbstfindung der Europäer durch die Verankerung von Frieden und Freiheit auf dem eigenen Kontinent ist die Selbstbehauptung Europas in der zusammenwachsenden Welt die neue zusätzliche Legitimation der europäischen Einigungsbewegung. Das Selbstbewußtsein der Anhänger der europäischen Integration ist dafür das notwendige Fundament.

***Dr. Stephan Eisel** (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)*

27. März 2017

Michael Mertes und Barbara Rembser-Mertes  
**„Gemeinsames Priestertum der Gläubigen“:  
Was bedeutet das in der Praxis?**

In seinem 2016 veröffentlichten, zu Recht viel beachteten Fastenhirtenbrief „Mitten unter euch“ schrieb der Kölner Kardinal Woelki: „Eine Kirche, die auf Partizipation, Mitverantwortung und den Reichtum des Glaubens aller Getauften setzt, braucht eine Veränderung unserer Haltungen und Rollenmuster.“ Rainer Maria Woelkis Fastenhirtenbrief „Lebendige Steine“ von 2017 appelliert an die Adressaten, sich über die dazu notwendige Neubesinnung eigene Gedanken zu machen: „Was lässt Sie als Einzelne und/oder als Gemeinde in Jesu Namen erkennbar sein als Christinnen und Christen in Ihrer Stadt, Ihrem Viertel, Ihrem Ortsteil, Ihrem Dorf?“

Abstrakte Prinzipien haben den Vorteil, dass sie konsensfähig sind. Wer möchte schon den Vorwurf hören, er klammere sich an obsoletere Haltungen und Rollenmuster? Doch die Wahrheit ist konkret – und wenn es konkret wird, ist es mit dem Konsens oft schnell vorbei.

Mittlerweile haben zwei Gruppen aus dem Erzbistum Köln mit jeweils 20 Priestern und Laien weltkirchliche „Lernreisen“ auf die Philippinen unternommen, um an praktischen Beispielen zu studieren, „wie sich auf der Basis der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils eine partizipative, dezentral ausgerichtete Kirche entwickelt hat und wie deren Umgangsweisen mit pastoralen Fragen und Lösungswegen ausschaut“. ([https://www.erzbistum-koeln.de/erzbistum/pastoraler\\_zukunftsweg/pastorale-lernreisen/](https://www.erzbistum-koeln.de/erzbistum/pastoraler_zukunftsweg/pastorale-lernreisen/)) Es ist sehr zu begrüßen, wenn deutsche Bistümer keine larmoyante Nabelschau treiben, sondern bereit sind, sich durch die ermutigenden Erfahrungen der katholischen Kirche in Lateinamerika, Afrika und Asien belehren zu lassen.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse dürfte dabei sein, dass so genannte Basisgemeinden ein reges kirchliches Leben selbst an Orten garantieren, wo Priester nur in größeren Zeitabständen präsent sind. So könnte das Modell der Basisgemeinde auch einen Weg für die katholische Kirche in Deutschland weisen. Es würde in der Tat eine „Veränderung unserer Haltungen und Rollenmuster“ voraussetzen. Daran scheint es jedoch zu hapern. Denn immer wieder hören wir den Einwand: „Noch sind die Seelsorgestrukturen bei uns in Deutschland so funktionstüchtig, dass wir auf Laien im pastoralen Dienst verzichten können.“ (Unter „Laien“ verstehen wir hier ausdrücklich nicht die hauptamtlichen Kirchenangestellten, sondern Gläubige, die sich ehrenamtlich in der Seelsorge engagieren.)

In ländlichen Regionen erzwingt der Priestermangel die Schaffung von Großpfarreien – mit der bedauerlichen Folge, dass Kirchen und Kapellen außerhalb der neuen Zentren zu verwaisen drohen. Diese Entwicklung kann nicht im Sinne von Kardinal Woelki sein. Wenn wir ihn richtig verstehen, geht es ihm gerade darum, die unvermeidliche administrative Zentralisierung auf der einen Seite durch Dezentralisierung der Seelsorge auf der anderen Seite auszubalancieren.

Es geht, kurz gesagt, darum, die Verankerung der Seelsorge in der Lebenswelt der Gläubigen – an der Basis – zu erhalten. Wer sich darüber mokiert, dass die Leute „nur auf den eigenen Kirchturm schauen“, hat nicht verstanden, dass gerade für die Kirche der Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ von existenzieller Bedeutung ist. Gewiss, mein Nächster lebt in Lateinamerika, Afrika und Asien – aber eben auch in meiner direkten Nachbarschaft. Zu den in Betracht kommenden Handlungsfeldern gehört jegliche Art von Dienst, für dessen Ausübung keine Priesterweihe erforderlich ist. Das gilt für die Jugendarbeit (z.B. Vorbereitung auf die Erstkommunion) und die Spendung der Krankenkommunion ebenso wie für die Gestaltung von Wortgottesfeiern in Kirchen und Kapellen an der Pfarrperipherie.

Religiöse Erfahrungen und Begegnungen in privaten Zirkeln, Bibelkreisen etc. sind zwar wertvoll, aber sie können die öffentliche – d.h. allgemein zugängliche – Präsenz von Kirche nicht ersetzen. Eine solche Präsenz zu garantieren wird (zunehmend) die Aufgabe von Basisgemeinden sein. In der Praxis vieler Pfarreien fehlt es anscheinend jedoch an einer Kultur der Ermutigung, die das ehrenamtliche Engagement von Laien in der Seelsorge ernsthaft fördert. Wenn es hoch kommt, gibt es eine Kultur der Duldung. Duldung impliziert freilich, dass es in Wahrheit nur um Not- und Ersatzlösungen geht, die abgeschafft werden können, wenn, so Gott will, die Zeiten wieder besser werden.

Woran hakt es? Wir begegnen einer tief sitzenden Furcht davor, dass ehrenamtliche Seelsorge durch Laien in den Kernbereich priesterlicher Zuständigkeiten eindringen könnte. Die Furcht vor dem „Dammbruch“ lähmt. Wir hören diese Bedenken nicht nur von Priestern, sondern auch von „konservativ“ eingestellten Mitkatholiken. Doch damit wird ausgerechnet den (noch) aktiven Teilen des Kirchenvolks ein Mangel an Unterscheidungsvermögen unterstellt.

Kleinmut war den Autoren der Dogmatischen Konstitution „Lumen gentium“ des Zweiten Vatikanischen Konzils fremd. „Lumen gentium“ unterscheidet zwischen dem „gemeinsamen Priestertum der Gläubigen“ und dem „hierarchischen Priestertum“. Zugleich betont es, dass eine wie das andere nehme „je auf besondere Weise am Priestertum Christi teil“. Seelsorge ist, mit anderen Worten, eine Aufgabe aller Christen. Wir Laien sind – zugespitzt formuliert – nicht nur Konsumenten seelsorglicher Dienstleistungen. Als Mütter und Väter, als Töchter und Söhne, als Verwandte, als Nachbarn und in vielen anderen zwischenmenschlichen Bezügen sind wir Experten darin, anderen Ermutigung, Zuspruch und Trost zu spenden und so auch unseren Glauben zu verkündigen.

Nun hören wir gelegentlich den Einwand, mit den Aussagen über das „gemeinsame Priestertum der Gläubigen“ sei das Zweite Vatikanische Konzil gerade nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Heute trenne sich eben die Spreu vom Weizen, und es bleibe die „kleine Herde“ entschiedener Christen – der „heilige Rest“, in dem noch das Feuer des wahren Glaubens brenne. Das ist theologisch falsch, aber wir beschränken uns hier auf eine pragmatische Entgegnung: Glaubt jemand im Ernst, der „heilige Rest“ strahle auf die Welt aus? Glaubt jemand im Ernst, das Christentum wäre als kleingläubige Sekte zu einer Weltreligion geworden?

Wir erleben zurzeit, wie die alten volksgemeinschaftlichen Strukturen zusammenbrechen – manchmal im Zeitlupentempo, manchmal in kurzer Frist. Es stimmt, auch sinnenleerte kulturkatholische Folklore gehört dazu. Aber glauben die Anhänger der Lehre vom „heiligen Rest“ wirklich, das deutsche Kirchensteuersystem lasse sich noch aufrechterhalten, wenn es nur noch dazu dient, dass die „Spreu“ den „Weizen“ alimentiert? So mancher „Konservative“, der heute über das enge Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik lästert, wird sich noch die Augen reiben, wenn eines Tages sein Traum vom Ende der Volkskirche (den er mit vielen radikalen Laizisten teilt) in Erfüllung geht.

Die von Kardinal Woelki geforderte „Veränderung unserer Haltungen und Rollenmuster“ braucht Mut, sie braucht Vertrauen in die Zukunft. Und sie verträgt kein langes Zuwarten mehr. Nach unserer Beobachtung gibt es bei den Laien viel ungenutztes Potenzial, das für eine ehrenamtliche Seelsorge auf lokaler Ebene mobilisiert werden könnte. Was bislang als Not- und Ersatzlösung galt, könnte so zu einer neuen, lebendigen Tradition werden. Wenn dieser Neuanfang bald nicht gelingt, wird es zu einem Kontinuitätsbruch kommen, der für die Kirche in Deutschland auf lange Sicht verheerender ist als das, was ihr heute zu schaffen macht. Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren.

*Michael Mertes (1953) ist Autor und literarischer Übersetzer. Von 2011 bis 2014 leitete er das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jerusalem.*

*Barbara Rembser-Mertes (1954) ist Lehrerin und gehört dem Vorstand der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) an.*